

Der Fall Stinnes von Rudolf Breitscheid

Hugo Stinnes war einer der schärfsten Gegner des Wiesbadener Sachlieferungsabkommens. Ob aus sachlicher Ueberzeugung oder aus Abneigung gegen Rathenau, mag dahingestellt bleiben: jedenfalls ließ er den Vertrag in seiner Presse bekämpfen, und persönlich ging er ihm im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags mit den schärfsten Attacken zu Leibe. Wenn ich mich nicht sehr täusche, war es bei den Beratungen über diesen Gegenstand, daß aus seinem Munde das Wort fiel, die Herren Wirth und Rathenau hätten im Ausland und Inland jeden Kredit eingebüßt.

Die Zeiten wandeln sich. Hugo Stinnes hat mit dem Marquis de Lubersac auf Grund der durch die Abmachungen mit Bismarck und Gillet ergänzten Wiesbadener Punktationen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen. Ob der den allgemeinen Interessen entspricht, läßt sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten; daß er denen des Herrn Stinnes gerecht wird, ist nicht zu bezweifeln. Das Schriftstück beginnt mit einer Praeambel, die beinahe ebensogut in einem Friedensvertrag zwischen zwei Staaten stehen könnte, und der Inhalt verdient die Anwendung dieser feierlichen Formeln. Er gewährt dem deutschen Großunternehmer eine Art von Monopolverstellung gegenüber dem Verband der französischen Wiederaufbauengesellschaften; offenbar hat sich Herr Stinnes so gründlich auf den Boden der früher bekämpften Abkommen gestellt, daß dieser Boden für Konkurrenten keinen Platz mehr bietet. Eine ganz hübsche Idee: man macht eine Sache den Andern madig, um die Möglichkeit zu erhalten, sie für sich allein auszunutzen.

Jedenfalls hat der gefeierte Industriekapitän die Verständigung mit Frankreich, von der jetzt so viel die Rede ist, zunächst einmal privatim praktiziert, und jetzt wird auch begreiflich, warum in den kritischen Tagen der Londoner und Pariser Konferenzen die Deutsche Allgemeine Zeitung bei allem Toben gegen die Politik Poincarés doch immer wieder Andeutungen über die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit wirtschaftlicher Vereinbarungen mit dem westlichen Nachbar machte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie sich dadurch selbst den Tadel der ihr sonst geistig so nahe stehenden Rheinisch-Westfälischen Zeitung zuzog.

So geht es eben bei der ausgehaltenen kapitalistischen Presse: der gute, brave Leser glaubt, es werde Politik gemacht, in Wirklichkeit handelt sich um Geschäfte. Wenn Herr Stinnes sich für Rußland, das heißt: für die russische Hotelerie, für die russische Flußschiffahrt und für das russische Holz interessiert, dann entdeckt die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß die früher verdammte Sowjet-Regierung doch auch ihre guten Seiten habe, daß sie mit Eifer und Geschick das Wirtschaftsleben ihres Landes aufbaue, und daß man sich auch mit ihr arrangieren könne. Wendet der hohe Herr, vielleicht da ihm der Osten doch nicht Das bietet, was er erwartet hatte, sein Antlitz gen Westen, weil

ihm der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Gewinn verspricht, und weil, nachdem der Schrott, den die Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials geliefert hat, aufgebraucht ist, seine Hochöfen nach den Alteisenbeständen hungern, die der Krieg in Nordfrankreich zurückgelassen hat, dann wandelt sich der grimmige Franzosenhaß seiner Presse leise und langsam zu der Erkenntnis, daß eine gewisse Verständigung mit dem „Erbfeind“ doch auch im Bereich des Diskutierbaren liege.

Damit ist nun freilich noch nicht erklärt, warum die Deutsche Allgemeine Zeitung und ihr Filial- und Ersatzorgan: die Tägliche Rundschau das Kabinett Wirth in so wilder Weise angegriffen und angepöbelt haben. Erst war Mancher geneigt, anzunehmen, es tobe sich da nur Herr Lensch aus, der von seiner frühern gemeinsamen Arbeit mit seinem Freund Radek an einen recht frischen Ton gewöhnt ist. Herr Stinnes hat Herrn Lensch wohl in der Voraussetzung zum Chefredakteur gemacht, daß er mit seiner Hilfe die Sozialisten für die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit, wie er sie auffaßt, gewinnen könne, und Lensch, der sehr genau weiß, daß in dieser Beziehung seine Bedeutung falsch eingeschätzt worden ist, wird gewiß geneigt sein, sich nun durch einen umso größern Eifer auf andern Gebieten das Wohlwollen seines Brotherrn zu erhalten. Aber in der Sache wird er doch immer den gegebenen Weisungen folgen, und sicherlich führt er die gegenwärtige Campagne nicht auf eigne Rechnung und Gefahr. Das läßt sich auch schon daraus entnehmen, daß einige der Wendungen, die die Artikel der D.A.Z. zieren, fast wörtlich mit denen übereinstimmen, die Stinnes im Parlamentarischen Ausschuß gegen Rathenau und Wirth gebrauchte. Die Redaktion hat sich zum Parlograph des Besitzers gemacht, und nun fragt sich nur noch, was dieser mit seinen Angriffen bezweckt.

Man sagt, Stinnes und die Industrie wollten den Eindruck nicht aufkommen lassen, als hätten sie durch den bekannten den Vertretern der Reparationskommission in Berlin gemachten Vorschlag einer Garantierung der Kohlenlieferungen durch Privatverträge mit der Industrie dem Kabinett Wirth beispringen wollen. Absicht sei gewesen, den Staat zu retten und nicht die gegenwärtige Regierung.

Diese Argumentation ist für die ganz Dummen berechnet. Denn erstens weiß alle Welt, daß die Stinnes-Leute nichts für das Kabinett Wirth tun; zweitens ist jener Vorschlag von einer Regierungsstelle ausgegangen, und man hat erst nachträglich die Meinung des Herrn Stinnes eingeholt; drittens hat dieser seine Zustimmung gegeben, nicht weil er an die Notlage des Staates dachte, sondern weil er seine Bereitwilligkeit, die ihm grade angesichts des Vertrags mit dem Marquis de Lubersac wenig kostete, für ein Mittel hielt, einige Hindernisse auf dem Weg zu einer Beseitigung des Achtstundentags wegzuräumen.

Der wirkliche Grund für das Mißvergnügen des Gewaltigen ist wohl anderswo zu suchen. Man erinnere sich, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung eine Zeit lang ihre Artikel mit der Feststellung schloß, daß der Posten des Außenministers noch immer unbesetzt sei. Gelegentlich las man auch, daß für dieses

Amt ein Fachmann gefunden werden muß. Fachmann heißt aber bekanntlich ein Mann, der der Großindustrie nahesteht, und es ist kaum noch ein Geheimnis, daß dem Reichskanzler in den letzten Wochen eine ganze Reihe solcher für jeden freien Posten hochqualifizierter Persönlichkeiten präsentiert — und von ihm abgelehnt worden sind.

Daß Stinnes in diesem Moment so viel Wert auf den Außenminister legt, ist begreiflich. Er braucht eine Regierung, die nicht in seine Angelegenheiten hineinregiert und seine private Verständigungspolitik nicht nur nicht stört, sondern fördert. Seine Wünsche begegnen sich dabei mit denen der Deutschen Volkspartei, die sich neuerdings wieder mit besonderm Eifer den Weg zum Kabinett frei zu machen sucht. Daß sie einstweilen nicht befriedigt werden, und besonders in Anbetracht der sozialistischen Einigung nicht befriedigt werden können, gibt der Industrie und ihren politischen Parteigängern Veranlassung, die Unfähigkeit und Unmöglichkeit des derzeitigen Ministeriums in alle Winde zu schreien.

*

Politik und Geschäft: man muß immer wieder den Fäden nachgehen, die die beiden mit einander verbinden und den Phrasennebel zerstreuen, durch den der Öffentlichkeit die Zusammenhänge verborgen werden. Man soll den Geschäftsleuten den Profit nachrechnen, den sie bei ihren Aktionen zur Rettung des Staates einheimsen — aber man soll auch objektiv genug sein, den sachlichen Wert ihrer Erfolge für die Politik zu würdigen. Selbst wenn Herr Stinnes internationale Verträge schließt, die ihm persönlich ungeheure Vorteile sichern.

Das Abkommen mit Lubersac — vergessen wir das nicht — ist ein Schritt zur Anbahnung eines bessern Verhältnisses zu Frankreich. Wir müssen auf dem Wege über eine wirtschaftliche Verständigung zur politischen gelangen. Daß die wirtschaftliche Annäherung drüben gewünscht wird, habe ich in vielen Unterredungen, die ich vor kurzem in Frankreich mit Politikern und Industriellen der verschiedensten Schattierungen hatte, erfahren. Man suchte nach Anknüpfungsmöglichkeiten. Daß man sie bei Stinnes fand, muß von all Denen bedauert werden, die eine Verstärkung der Machtstellung des Privatkapitals für gefährlich halten. Aber wir kommen nicht um die Zweifel herum, ob die Regierung und ihre Pariser Botschaft den genügenden Eifer entwickelt haben, um die in Frankreich vorhandenen Stimmungen auszunutzen und sich so den Einfluß auf die Geschäfte zu sichern, der im Interesse der Allgemeinheit erforderlich wäre.

Das Versäumte wird sich schwer wieder einholen lassen, aber die ganze Aufmerksamkeit muß jetzt doch darauf gerichtet werden, daß die Verständigung nicht nur in den geschäftlichen Vorteilen der Unternehmer hüben und drüben ihren Ausdruck findet. Und nicht nur die Regierung muß hier aktiv werden, sondern mindestens in demselben Grade die organisierte Arbeiterschaft. Sie will den Frieden. Aber sie kann niemals zugeben, daß er ohne ihre Mitwirkung oder gar auf ihrem Rücken geschlossen wird.

Das *Blättchen* publiziert als Form der produktiven Verneigung und des Gedenkens in seiner Rubrik „Vor 90 Jahren“ Beiträge aus ihrer großen Vorgängerin - der *Weltbühne* von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky sowie Carl von Ossietzky. Nicht in jedem Fall ist es der Redaktion dabei gelungen, zweifelsfrei zu klären, ob an den Texten noch Urheberrechte bestehen, und die Inhaber gegebenenfalls zu kontaktieren. Wo sich ein solches Defizit offenbaren sollte, bitten wir darum, sich direkt an uns zu wenden.

Die Redaktion